



Nr. 59 / 09.09.2016

Alexander **HOFFMANN** informiert

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Bundshaushalt 2017: Höhere Investitionen dank solider Finanzen

Liebe Leserinnen und Leser, in der ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause haben wir die Beratungen über den Bundshaushalt 2017 aufgenommen. Mit diesem Entwurf legt unser Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble bereits das dritte Mal in Folge einen Bundshaushalt ohne neue Schulden vor. Auch in den Finanzplanjahren bis 2020 wird die „Schwarze Null“ durchgängig fortgeschrieben. Damit werden wir aller Voraussicht nach die gesamte Wahlperiode ohne Neuverschuldung bleiben.

Die „Schwarze Null“ ist weniger ein Wahlkampfschlager oder ein Ergebnis, das man ins Schaufenster stellen kann. Es geht vielmehr darum, unseren nachfolgenden Generationen keine noch höheren Schuldenberge zu hinterlassen, die diese eines Tages zu erdrücken drohen. Die zukunfts- und wachstumsorientierten Ausgaben daher steigen weiter: die Investitionsausgaben von 31,5 Milliarden in diesem Jahr auf 33,3 Milliarden Euro in 2017 und die Ausgaben für Bildung und Forschung von 21,1 auf 22,7 Milliarden Euro.

Schwerpunkt des Bundshaushalts 2017 sind die Innere und die Äußere Sicherheit. So werden die Ausgaben für den Bereich der Inneren Sicherheit bis 2020 deutlich – um insgesamt fast 2,6 Milliarden Euro – aufgestockt zur Stärkung der Sicherheitsbehörden sowie Ausgaben für die Bundespolizei. Auch der Verteidigungshaushalt wird angesichts vielfältiger und sich wandelnder Aufgaben bei der Bündnis- und der Landesverteidigung und im Rahmen der internationalen Einsätze um 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2017 angehoben, im neuen Finanzplan bis 2020 um insgesamt mehr als 10 Milliarden Euro.

Bundshaushalt 2017

Mehr Geld für ...

Heute im Kabinett

... Soziales und Integration

... innere und äußere Sicherheit

... Wachstum und Beschäftigung

328,7 Mrd. Euro

... und keine neuen Schulden bis 2020!

© Bundesregierung

Wesentliche Kennziffern des neuen Finanzplans

	Ist 2015	Soll 2016	2017	2018	2019	2020
	in Mrd. €					
Ausgaben	311,4	316,9	328,7	331,1	343,3	349,3
Steigerung in v.H. ggü. Vorjahr	5,4	1,8	3,7	0,7	3,7	1,7
Einnahmen	311,4	316,9	328,7	331,1	343,3	349,3
davon: Steuereinnahmen	281,7	288,1	301,8	315,5	327,9	339,4
Neuverschuldung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Zum Verkehrs-Etat: 2017 stehen 12,8 Milliarden Euro für Investitionen in Straßen, Schienen und Wasserstraßen zur Verfügung, die schwerpunktmäßig zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur eingesetzt werden. Für die Bundesfernstraßen (für Erhaltung, Neubau und Erweiterung, für Grunderwerb sowie betriebliche Unterhaltung) sind insgesamt 7,7 Milliarden Euro vorgesehen, wovon gut 6,5 Milliarden Euro auf Straßenbauinvestitionen entfallen. Diese werden mit ca. 3,4 Milliarden Euro aus Mitteln der Lkw-Maut finanziert. Insgesamt übersteigen die Investitionen in die Bundesfernstraßen durch die zusätzlichen Mittel das Niveau der Vorjahre deutlich!

Noch ein Satz zur Infrastruktur: Zusätzlich zu den bereits vorgesehenen 2,7 Milliarden Euro werden bis 2020 weitere 1,3 Milliarden und damit insgesamt rund 4 Milliarden Euro zur Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus, insbesondere in unterversorgten Regionen, bereitgestellt.

Zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen sind für das Jahr 2017 insgesamt knapp 19 Milliarden Euro vorgesehen, im gesamten Zeitraum 2017 bis 2020 sind es 77 Milliarden Euro.

Bildung und Forschung sind und bleiben Schwerpunkte der unionsgeführten Bundesregierung. Deshalb erhöhen wir die Mittel abermals kräftig um 1,2 Milliarden Euro auf dann 17,6 Milliarden Euro. Das sind dann genau 10 Milliarden mehr pro Jahr als 2005 – das Jahr, in dem Angela Merkel unsere Bundeskanzlerin wurde. Kein Etat ist in dieser Zeit so deutlich gestiegen. Das zeigt, wie wichtig uns Bildung ist – und dass wir nicht nur darüber reden wie andere, sondern handeln!

Liebe Leserinnen und Leser,

ich bin froh und auch stolz darauf, dass CDU und CSU bereits in den Koalitionsverhandlungen 2013 – gegen den Willen unseres Koalitionspartners – durchgesetzt haben, in der gesamten Legislaturperiode keinerlei Steuern zu erhöhen. Im Gegenteil: Unsere solide Finanzpolitik schafft immer größere Spielräume – für höhere Investitionen, aber auch für Entlastungen wie z.B. den Abbau der sogenannten Kalten Progression. Während sich die Opposition und auch die SPD trotz Rekord-Steuereinnahmen immer noch weitere Belastungen ausdenken, hat die Union eine längst überfällige Debatte über Steuersenkungen abgestoßen. Sowohl unser bayerischer Finanzminister Dr. Markus Söder, als auch die CDU-Mittelstandsvereinigung MIT haben in den zurückliegenden Wochen interessante und realistische Konzepte zur spürbaren Entlastung der Bürger sowie der Unternehmen vorgelegt.

Bundesfinanzminister Schäuble hat bei der Einbringung des Bundeshaushalts in dieser Woche bereits Entlastungen in der kommenden Wahlperiode angekündigt. Jetzt, da die öffentlichen Haushalte konsolidiert sind, ist es nicht nur richtig, noch mehr Geld in Bildung, Sicherheit und unsere Infrastruktur zu investieren. Es ist auch dringend nötig, die vielen fleißigen Menschen in unserem Land endlich steuerlich zu entlasten, und zwar spürbar!

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB